



[Anti-war protest on Lake Street in Minneapolis](#) by [Fibonacci Blue](#) is licensed under CC BY 2.0.

## Hinter der „Friedens“-Bewegung

- Mark Jenkins
- [11.07.2003](#)

Bevor der Krieg im Irak begann, gruppieren sich zwischen 6 und 11 Millionen Menschen zu Demonstrationen rund um die Welt, in 600 Städten, von Canberra in Australien bis Reykjavik in Island. Selbst in London scharten sich 1.5 Millionen, um die proamerikanische Irakpolitik des britischen Premierministers Tony Blair anzufechten. Auch in den Vereinigten Staaten gab es überall große Protestveranstaltungen, selbst in New York City, wo man eine größere Unterstützung als sonstwo für den Krieg gegen den Terror erwarten würde.

Was motivierte diese Gruppen, gegen diesen Krieg zu sein? War es wirklich die Sehnsucht nach Frieden?

Die meisten Gegner außerhalb der US protestierten nicht gegen den Krieg als solchen, sondern gegen den von Amerika geführten Krieg. Viele Länder unternehmen alles, was sie können, um die amerikanische Überlegenheit einzudämmen.

Wie auch immer, was ist mit den Protesten innerhalb der US und den verbündeten Ländern? Viele waren gegen den Krieg aus politischen Gründen – einfach deshalb, weil Präsident Bush für den Krieg war. Andere hingegen werden jeden Krieg aus moralischen oder religiösen Gründen ablehnen.

Aber es gibt auch jene, die Sie vielleicht nicht in Betracht gezogen haben: Menschen, die gegen den Krieg waren in dem Bestreben, die US als kapitalistische Nation zu stürzen und jene, die Saddam Hussein direkt UNTERSTÜTZTEN.

Gemäß Insight on the News, „zeigt der Ruf der [Antikriegsdemonstrationen] Führer keine prinzipielle Opposition zum Krieg, sondern ein kalkuliertes Engagement, die Sicherheits- und Auslandspolitik der US zu unterminieren ...“ (17. März). The Victorian Peace Network (das viktorianische Netzwerk des Friedens) zum Beispiel, welches die Proteste in Melbourne, Australien, organisierte, verfügt über eine Webseite mit Dutzenden von demütigenden Berichten über Amerika.

Außerdem, im Herzen der internationalen Friedensbewegung – die Sponsoren und Organisatoren der Massenproteste – sind Gruppen, die von den Leuten geführt werden, die Diktatoren rund um die Welt verteidigt haben.

Gemäß dem Indiana Observer organisierte und förderte die Kommunistische Arbeiterpartei der Welt (WWP) umfangreiche Antikriegsdemonstrationen in Washington D.C. und San Francisco. Die WWP wurde gegründet, um die Invasion Ungarns durch die Sowjetunion zu unterstützen und hat seitdem Gewaltherrschaften unterstützt. Diese Partei würdigt Nord Korea während es sein nukleares Arsenal aufbaut, verteidigt den chinesischen Massenmord am Platz des himmlischen Friedens und unterstützt Fidel Castro (Harald Sun, 3. April).

Einige Antikriegsgruppen, einschließlich der internationalen answer (Act Now to Stop War and End Racism), die von demww kontrolliert wird, werden die Quellen ihrer finanziellen Unterstützung nicht preisgeben.

Eine andere bekannte Antikriegsgruppe ist Not in Our Name, die laut der Fox News von der Interreligious Foundation for Community Organization finanziert wird. Die ifco „unterstützt den kubanischen Diktator Fidel Castro und förderte seinerzeit eine Gruppe, die angeführt wurde von Sami Al-Arian – einem Professor der Universität von Süd-Florida, der wegen der Geldbeschaffung für die Terroristenorganisationen Hamas und Palistinian Islamic Jihad, angeklagt wurde“ (18. März).

Warum sollten die Kommunisten gegen den Krieg im Irak gewesen sein? Ideologisch gesehen waren einige gegen den Krieg, weil sie den politischen und sozialen Umbruch befürworteten. Aber was sogar noch mehr schockierend ist, einige unterstützten Saddam Husseins Führung im Grunde einfach nur deshalb, weil der Irak ein zur Gänze von der Regierung

geführter Staat ist, und infolgedessen, ihrer Meinung nach, sozialistisch ist.

Ob nun international oder nicht, die Massen der Demonstranten unterstützten größtenteils Organisationen, die nichts sehnlicher wünschen, als die angloamerikanische Demokratie zu zerstören. Sie protestierten, nicht weil sie den Frieden suchten, sondern um ihre eigene Agenda zu fördern.